

## **Polen nach dem EU-Gipfel in Brüssel**

**Es geht hoch her in den polnisch-deutschen Beziehungen.  
Das laute Getöse verdeckt jedoch den eigentlichen Erfolg des EU-Gipfels.**

von

Stephan Raabe

Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Warschau, 2. Juli 2007

---

Es geht hoch her in den Medien im deutsch-polnischen Verhältnis. Der „Spiegel“ titelte nach dem EU-Gipfel in Brüssel: „Wie die Polen Europa nerven“ und zeigte die Zwillinge, den polnischen Premier Jaroslaw und Präsident Lech Kaczyński auf Angela Merkel reitend. Das polnische Magazin Wprost - was soviel heißt wie direkt, geradezu – antwortete postwendend mit dem Titel: „Angela Merkel – Die Stiefmutter Europas“ und bildete die lachende Kanzlerin ab mit nackten Brüsten, an denen die Zwillinge saugen. Zwar distanzierte sich die polnische Außenministerin Fotyga von dieser Karikatur, aber das Bild spiegelt den neuen Opfermythos wider: Polen, das als neues EU-Land angeblich stiefmütterlich von der deutschen Ratspräsidentschaft behandelt worden sein soll. Es folgte die Königin des deutschen Boulevard, die Bild-Zeitung, mit der Schlagzeile: „Polen verhöhnen deutsche Kanzlerin – Politiker empört über Nackt-Attacke“. Auf beiden Seiten ist von Erpressung die Rede. Kaczyński habe mit seiner Parole „Quadratwurzel oder Tod“ die Partnerstaaten in der EU erpresst, heißt es mitunter in Deutschland; die deutsche Ratspräsidentschaft habe mit einem Beschluss ohne Polen gedroht und damit Polen erpresst, schreiben dagegen die konservativen Blättern in Polen. Der Sonderbotschafter für die polnisch-deutschen Beziehungen, Muszyński, verlautet in Wprost, Deutschland sei vom Anwalt Polens in Europa zu seinem Staatsanwalt geworden. Vizepremier Roman Giertych von der „Liga der polnischen Familien“ (LPR) klagt, Deutschland habe Polen wie in früheren Zeiten die Pistole auf die Brust gesetzt. Schon vorher waren die Toten des Zweiten Weltkriegs wieder auferstanden. Ihre Kinder wurden in den Glaspalästen des modernen Europas vom polnischen Feldherrn Jaroslaw Kaczyński ins politische Gefecht geführt. Es ist „der Dämon einer anderen, vergangen geglaubten Zeit, dessen giftiger Atem da plötzlich durch Europa streicht“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung am Sonntag. Von historischer Ignoranz zeugt andererseits wieder die Karikatur im Berliner Tagesspiegel, die vorschlägt, die Quadratwurzel aus der Zahl der Toten des Weltkrieges zu ziehen.

Das laute Getöse verdeckt den eigentlichen Erfolg des EU-Gipfels: Am Ende, nach unangenehmen, harten Verhandlungen stand in Brüssel ein Kompromiss, der den Weg zu wichtigen Reformen freimacht. Er bindet die 27 EU-Staaten, darunter Polen und Deutsche, und zeigt - wie es so schön in der „Berliner Erklärung“ vom März heißt – Europa „zu unserem Glück vereint“. Erstmals stand jedoch in der Tat eine Entscheidung ohne Polen, an Polen vorbei als Möglichkeit im Raum, als Premier Kaczyński in der letzten Gipfelnacht via Fernsehen einen Kompromissvorschlag einfach vom Tisch wischte. Doch Polen ist zu guter letzt auf den Zug der europäischen Reform aufgesprungen, der in eine Richtung fährt, die der polnischen Politik eigentlich nicht recht gefällt: nämlich hin zu einer stärkeren politischen Integration. Dagegen wäre die Mehrheit der polnischen Politiker mit einem Weitermachen auf der Grundlage des

Vertrages von Nizza ganz zufrieden gewesen. Das durch historische Traumata bedingte Misstrauen gegenüber Deutschland und den europäischen Westmächten, die Wahrung nationaler Interessen und die Rechtfertigung eigener Egoismen zur Überwindung historischer Ungerechtigkeiten, der Opferrolle Polens, spielen dabei eine wesentliche Rolle. Polen setzt sich gerade auch deshalb vehement für weitere Erweiterungen der EU ein, um einer voranschreitenden politischen Vereinheitlichung zu entkommen. Aber Premier Kaczyński hat schließlich eingelenkt. Polen macht den Reformprozess mit. Das ist der eigentliche Erfolg, nicht dass Polen sich fünf bis acht Jahre den Abstimmungsmodus von Nizza erkämpft hat, der Entscheidungen und die Handlungsfähigkeit der EU erschwert. Wenn der polnische Premier jetzt Nachverhandlungen verlangt mit dem Hinweis auf angebliche mündliche Zusagen, versucht er zwar erneut die Grenzen des Möglichen auszureizen; er wird aber nicht den gemeinsamen Weg in Frage stellen, sofern man ihm entschieden entgegen tritt. Unterdessen entziehen sich die europapolitischen Hartliner in Polen oftmals der argumentativen Auseinandersetzung. Als die Adenauer-Stiftung am Montag nach dem Gipfel im polnischen Sejm mit dem Vorsitzenden des EU-Ausschusses des Bundestages, Gunther Krichbaum, den Reformprozess öffentlich diskutierte, sagten die polnischen Vertreter, darunter Chefunterhändler Marek Cichocki, kurz vorher ab.

Insgesamt sind die politischen Reaktionen in Polen auf den Gipfel widersprüchlich und insofern bemerkenswert, als sie eigenartige Koalitionen zeigen. Während die konservativen Kaczyńskis von einem Erfolg sprechen mit der Begründung, ihr Plan B sei aufgegangen, und von den linken Postkommunisten Zustimmung erhalten, ruft Vizepremier Giertych von der nationalen LPR zur Demonstration auf. Ein Teil seiner Partei droht sogar aus der Koalition auszutreten, weil das Ergebnis des Gipfels eine Bedrohung des polnischen Staates darstelle. Die oppositionelle Bürgerplattform PO ist genauso gespalten wie die Regierung. Ihr Chef, Donald Tusk, moniert, die Regierung hätte noch mehr Härte zeigen müssen, um die Stimmgewichtung nach der Quadratwurzel durchzusetzen. Der Premierminister-Kandidat der PO, Jan Rokita, der bereits 2003 die Parole „Nizza oder der Tod“ geprägt hatte, bezeichnet das polnische Einlenken als Kapitulation. Dagegen begrüßt der außenpolitische Sprecher und Vizechef der PO, Bronisław Komorowski, die Einigung von Brüssel und fragt, wozu der Zirkus mit dem Sterben für die Quadratwurzel gedient habe. Damit spricht er nicht wenigen in seiner Partei aus der Seele.

Die Mehrheit der Bevölkerung gibt laut einer aktuellen Umfrage den Kaczyńskis in ihrer Bewertung des Gipfels Recht: 55 % sind der Auffassung, dass Polen eher gewonnen habe, nur 25 % meinen, man hätte eher verloren. Der Gipfelstreit hat allerdings Spuren hinterlassen: 43 % der Polen und 50 % der Deutschen sagen in einer parallelen Umfrage, die bilateralen Beziehungen hätten sich verschlechtert. Bezüglich der Bewertung der Deutschlandpolitik der polnischen Regierung gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Während 56 % in Deutschland meinen, die Regierung der Kaczyńskis führe eine antideutsche Politik, sagen dies in Polen nur 27 %; dagegen sind 29 % der Polen der Auffassung, ihre Regierung sei freundlich gegenüber Deutschland, was in Deutschland nur 5 % bejahen. Allerdings zeigen die jüngst veröffentlichten Umfragen des Eurobarometers, dass sich die Schere zwischen der sehr EU-freundlichen polnischen Gesellschaft und der Mehrheit der politischen Klasse noch vergrößert hat: 69 %, fünf mehr als im Herbst 2006, sprechen sich für eine EU-Verfassung aus; 86 % befürworten die EU-Mitgliedschaft und 64 % verbinden mit der EU ein positives Bild. Damit gehört die polnische Bevölkerung zu den EU-freundlichsten in der Union.